

„Putins Krieg – das Ende aller Hoffnungen auf eine eurasische Friedensordnung?“

Vortrag und Diskussion am 1.3.2022 um 20:00 Uhr aus der Stephanskirche Würzburg.

Mit Andreas Zumach, Internationaler Journalist, Träger des Göttinger Friedenspreises.

Veranstalter: ÖKOPAX e.V. Würzburg, Rudolf-Alexander-Schröder-Haus

Link zum Vortrag: <https://www.youtube.com/watch?v=551cl5ZKuc8>

„Putins völkerrechtswidriger und verbrecherischer Krieg gegen die Ukraine ist durch Nichts zu rechtfertigen. Auch nicht durch die Fehlhandlungen, Versäumnisse und gebrochenen Zusagen des Westens in den letzten drei Jahrzehnten seit Ende des Kalten Krieges. Was können Sanktionen gegen Russland jetzt bewirken? Ist das NEIN der Friedensbewegung zu Waffenlieferungen an die Ukraine weiterhin richtig? Und was sind die Voraussetzungen und Chancen für eine Friedensordnung mit Russland auf unserem gemeinsamen eurasischen Kontinent nach dem Ende der Ära Putin?“ (Ausschreibung)

Zusammenfassung des Vortrags durch Uta Deitert, ÖKOPAX e.V.

Bewertung des Krieges

Zumach nennt den Krieg klar völkerrechtswidrig, ein Verbrechen, das auch durch nicht gehaltene Versprechen des Westens und dessen ebenso völkerrechtswidrigen Kosovo Krieg nicht zu rechtfertigen ist.

Historische Mitverantwortung des Westens

Zumach beginnt mit einem Zitat des amerikanischen Russlandexperten George Kennan, langjähriger Diplomat an der Botschaft in Russland und Historiker, entnommen aus einem Artikel der New York Times vom 5.2.1997, mit dem er auf die von Clinton betriebene NATO-Osterweiterung reagierte. Er hielt das für einen „höchst verhängnisvollen Fehler, weil zu erwarten ist, dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden, dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben, die Atmosphäre des Kalten Krieges wieder herstellen, und die russische Außenpolitik in eine Richtung zwingen werden, die uns entschieden missfallen wird.“

So ist es gekommen! Das Narrativ des Westens, die Krim Annexion 2014 habe das Verhältnis schwer beschädigt, so Zumach, sei falsch und geschichtsvergessen.

Ist es Putins Krieg?

Zwar agiert Putin praktisch allein, aber die Propaganda der vergangenen Jahre, die weitgehende Gleichschaltung der Presse und Unterdrückung der Opposition haben gewirkt, er bekommt viel Zustimmung vom Volk trotz vieler Mutiger, die protestieren und damit viel riskieren. Zumach warnt davor, Putin trotz aller nötigen scharfen Kritik zu dämonisieren. Die Dämonisierung Saddam Husseins nämlich habe 1990 dazu geführt, dass die ganze westliche Welt das härteste jemals unbefristet verhängte Sanktionsregime hingenommen hat, von USA und England gegen Irak verhängt. Es schadete Hussein nicht, führte aber zu furchtbarem Leid im Volk u.a. zum Tod von 500 000 Kindern.

2001 erhielt Putin bei einer Rede im Bundestag großen Applaus für seine Rede, in der er Europa vielfältige wirtschaftliche Kooperation anbot und für eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur warb – die NATO aber betrieb ihre Erweiterungspolitik weiter. Enttäuscht und erbost sagte er bei der Münchner Sicherheitskonferenz

renz 2007, er werde dann eben allein für die Sicherheit Russlands sorgen. Die Entwicklung seines revisionistischen Geschichtsbildes und seines Hasses auf den Westen nahmen ihren Lauf und bestätigen die Voraussage Kennans.

Sind Waffenlieferungen sinnvoll?

Der Wunsch ist verständlich, wird aber am Kräfteverhältnis nichts ändern. Außerdem sind sie falsch, weil sie rechtlich in heiße Konflikte hinein nicht erlaubt sind. Für Formen zivilen Widerstandes gibt es Beispiele, aber drehen werden sie nichts.

Ist die von Scholz angekündigte massive Aufrüstung nötig?

Die 100 Mrd. € waren nicht abgesprochen und werden in der Koalition für Konflikt sorgen. Die Bundeswehr leidet nicht an Geldmangel, sondern an Bürokratie, Missmanagement und Korruption. Im vergangenen Jahr sind nicht einmal alle Gelder abgerufen worden.

Eine wirkliche europäische Verteidigungspolitik gibt es nicht, weil jedes Land egoistisch seine eigene nationale Rüstungspolitik macht, Kooperation gibt es nur im Flugzeugbereich.

Sind Sanktionen sinnvoll?

Wirtschaftssanktionen sind zwiespältig. In Südafrika waren sie gut und erfolgreich, wurden auch von den Menschen gewünscht. Im Irak waren sie schrecklich und wirkungslos. Nach der Annexion der Krim gab es schon welche, haben aber Putins Ukrainepolitik nicht verändert. Gemeint sind sie als Strafe, aber welche Ziele sollen sie erreichen? Den Krieg beenden, die Machtelite schädigen, damit sie Putin stoppen, das Volk treffen, damit es ihn stürzt? Das Problem ist: es gibt keine regierungsfähige Opposition, es könnten noch Schlimmere auf Putin folgen.

Was können Klima – und Menschenrechtsbewegung tun?

Weiter demonstrieren und an Putin appellieren, den Krieg zu stoppen, sich für sichere Aufnahme der Geflüchteten einsetzen, russische Soldaten zur Desertion aufrufen und ihre Aufnahme in die EU fordern, ebenso wie die Aufnahme ukrainischer Verweigerer – sie haben ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

Welche Chancen für eine Friedensordnung gibt es, und wie kann sie aussehen?

Putins Ende ist eingeläutet, aber er wird noch einige Jahre im Amt bleiben. Dem Besatzungsregime, das auf den zu erwartenden Sieg folgen wird, wird es nicht gelingen, Ruhe in dem riesigen Land herzustellen; mit fortgesetztem Widerstand und Sabotage werden die Ukrainer sich wehren. Auch ökonomisch hat Russland dem Land nichts zu bieten.

Deeskalationsmaßnahmen im militärischen Bereich müssen mit Putin angefangen werden. Eine Friedensordnung im eurasischen Raum muss auf das Konfrontative verzichten, das bis jetzt immer bestimmend war.

Dazu müssen seit langem „schwärende Wunden geheilt werden“, das sind:

- Das Krimproblem muss einvernehmlich gelöst werden, eine Autonomie wird nötig sein.
- Aus Donbas, Georgien und Moldawien müssen die russischen Truppen abgezogen werden.
- Für den mafiösen, als Staat nicht funktionierenden Kosovo muss eine Lösung gefunden werden.
- Die ökonomische Frage muss im Interesse aller gelöst werden. (Die Weigerung des ehemaligen Präsidenten Janukowitsch, die Verhandlungen mit der EU weiterzuführen waren auch damit begründet, dass die EU strenge neoliberale Reformen wollte - Rentenerhöhung von 60 auf 65 Jahre, Subventionsabbau u.a. – und die Ukraine zwang, sich zwischen einer Zollunion mit der EU und einer mit Russland zu entscheiden, die wollte aber mit beiden verbunden sein.)
- Die ökologische Frage, der Kampf gegen die Klimakatastrophe kann nur mit Russland gelingen. Es braucht Unterstützung beim Ausstieg aus der Abhängigkeit von der fossilen Industrie und dem Aufbau regenerativer Energieerzeugung. Es hat das weltgrößte Potential für Wind und Sonnenenergie, könnte damit im großen Stil Wasserstoff produzieren und durch North Stream II an Europa liefern.

Uta Deitert